

**Antrag 30/I/2019**

Jusos LDK

**Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission: Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit (Konsens)****Arbeit in Zukunft: kürzer, besser - weiter denken! Unser Anspruch an die Arbeit von morgen****1 Strukturwandel der Arbeit im 21. Jahrhundert**

2 Wir wollen die Arbeitswelt von morgen aktiv gestalten  
3 und auf die Veränderungen nicht nur reagieren. Unser An-  
4 spruch an Arbeit muss es sein, die vielen Potentiale einer  
5 digitalisierten Gesellschaft so zusammenzubringen, dass  
6 Arbeit die Interessen der Menschen in den Vordergrund  
7 stellt und nicht das Profitstreben einzelner Unternehmen.  
8 Grundsätzlich verstehen wir Sozialdemokrat\*innen unter  
9 Arbeit mehr als bloße Existenzgrundlage. Arbeit kann Mit-  
10 tel zur Selbstverwirklichung sein, Menschen Struktur im  
11 Alltag geben und sinnstiftend sein. Leider müssen Men-  
12 schen aber auch oft Arbeit nachgehen, die objektiv sinnlos  
13 ist oder so empfunden wird. Während ehrenamtliche Tä-  
14 tigkeiten bei Unzufriedenheit eingestellt werden können,  
15 sind Menschen bei ihrer Erwerbsarbeit in der Regel darauf  
16 angewiesen, Arbeitgeber\*innen ihre Arbeitskraft gegen  
17 einen Lohn zur Verfügung zu stellen. Das macht Arbeit-  
18 nehmer\*innen besonders anfällig für kapitalistische Aus-  
19 beutungsmechanismen. Gleichzeitig kann über Erwerbs-  
20 arbeit auch wichtiger Faktor für Integration und Umver-  
21 teilung in unserer Gesellschaft organisiert werden. Der  
22 Abschluss guter Tarifverträge kann dabei effektiver sein,  
23 als beispielsweise ein Spitzensteuersatz. Sozialistische Po-  
24 litik muss deshalb immer besonders im Blick haben, Men-  
25 schen bestmöglich vor Ausbeutung bestmöglich zu schüt-  
26 zen, ihre Mitbestimmung am Arbeitsplatz sicherzustel-  
27 len und einen höchstmöglichen Organisationsgrad der Ar-  
28 beitnehmer\*innenschaft zu ermöglichen. Sie ist deshalb  
29 zentral für unser politisches Verständnis.

30 Erwerbsarbeit, Care-Arbeit, Ehrenamt – menschenwürdi-  
31 ge und zum Gemeinwohl beitragende Arbeit ist vielseitig  
32 und weitaus mehr als die Optimierung wirtschaftlichen  
33 Erfolgs von Einzelnen oder Unternehmen. Viele Tätigkei-  
34 ten, die einzelne Arbeitsformen ausmachen, überschnei-  
35 den sich oder sind voneinander abhängig. Wie viel Raum  
36 jede Person einer bestimmten Arbeitsform gibt, wird von  
37 verschiedenen Faktoren bestimmt. Fest steht aber, dass je-  
38 de Form von Arbeit einem bestimmten Zweck folgt und  
39 Menschen ausfüllen bzw. bereichern kann. Dabei entste-  
40 hen alle die Arbeit strukturierenden Merkmale wie Ar-  
41 beitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Arbeitsum-  
42 fang und Arbeitsinhalte nicht im luftleeren Raum, son-  
43 dern sind politisch gestaltbar. Auch wenn sich Arbeitsfor-  
44 men teilweise verändern, sind sie auf andere angewie-  
45 sen. Dabei entwickeln sich die gesellschaftlichen Produk-  
46 tionskräfte immer weiter aus, sodass die Ausgangssitua-  
47 tion zum Hervorbringen von unseren Lebensgrundlagen  
48 neue Formen erreicht. Wir Menschen möchten bestim-  
49 men, wie wir arbeiten und das betrifft nicht nur, aber

50 entscheidend die Erwerbsarbeit. Grundsätzlich verändert  
51 sich Arbeit aufgrund von zwei Faktoren: technische In-  
52 novationen und die damit einhergehenden Veränderun-  
53 gen all jener Ressourcen, die uns zur Produktion von Gü-  
54 tern bzw. Dienstleistung zur Verfügung stehen einerseits,  
55 sowie zum anderen ein Fortschritt in der Arbeitsteilung  
56 durch die selbstständige Arbeitsorganisation der Beschäf-  
57 tigten in Teams und ihre Auseinandersetzung mit dem ge-  
58 sellschaftlichen Sinn ihrer Tätigkeiten.. Daraus folgt, dass  
59 die Rahmenbedingungen der Arbeit von heute neue Mög-  
60 lichkeiten eröffnet und politische Forderungen notwendig  
61 macht, um die Lebensverhältnisse vieler Menschen erheb-  
62 lich zu verbessern. Ziel dessen muss es für die Sozialdemo-  
63 kratie sein, die Zukunft der Arbeit zu gestalten, damit die  
64 Zukunft der Menschen lebenswert(er) wird. Dazu gehört  
65 aber auch, anzuerkennen, dass wir Arbeit weiter denken  
66 und uns ernsthaft über ein alternatives Konzept verständ-  
67 digen müssen.

68

- 69 • **Daher fordern wir eine Auseinandersetzung, die es**  
70 **der gesamten Breite der Partei ermöglicht, sich ein-**  
71 **zubringen. Diese Auseinandersetzung soll in einem**  
72 **Programm münden, mit welchem wir für eine neue**  
73 **solidarische Politik der Arbeit einen Gegenentwurf**  
74 **zu den derzeit bestehenden Leitlinien zeichnen, in**  
75 **der Menschen und nicht das Kapital im Fokus ste-**  
76 **hen.**

77

78 Die Logiken unseres Wirtschaftssystems und letztlich  
79 auch des Arbeitens in kapitalistischen Strukturen wollen  
80 wir überwinden. Arbeit soll nicht mehr ein Machtverhält-  
81 nis darstellen, indem Menschen ihre Fähigkeiten einem  
82 anderen gegen Lohn zur Verfügung stellen. Vielmehr wol-  
83 len wir die technischen Fortschritte nutzen, um zu defi-  
84 nieren, wie die Zukunft der Arbeit aussehen soll und wel-  
85 chen gesellschaftlichen Wert wir ihr dann noch beimes-  
86 sen. Dabei wird es dringend Zeit, dass sich die Sozialde-  
87 mokratie aktiv darum bemüht, den Stellenwert der Arbeit  
88 aus kapitalistischen Denkweisen heraus zu heben und ei-  
89 nen neuen gültigen Anspruch zu formulieren, der nicht  
90 den Wertschöpfungsprozess eines beliebigen Produktes  
91 anhand seines Marktwertes definiert. Vielmehr sollten  
92 wir uns die Zeit nehmen und darüber nachdenken, wie,  
93 was und wofür überhaupt Arbeit im digitalen Jahrhundert  
94 steht.

95

#### 96 **Gute Arbeit der Zukunft braucht Bildung**

97 Wir wollen Fort- und Weiterbildung als festen Bestandteil  
98 des jeweiligen Berufsweges stärken und den Menschen  
99 eine individuelle Entwicklung ermöglichen, die sich an die  
100 vielseitigen Veränderungen im Job anpasst. Der individu-  
101 elle und fortlaufende Lernprozess muss endlich Umset-  
102 zung finden und dabei aus den Erfordernissen des Wirt-  
103 schaftssystems herausgelöst werden. Lebenslanges Ler-  
104 nen bedeutet vor allem, Freiräume für die eigene Wei-

105 terentwicklung von Interessen nutzen zu können. Da-  
106 bei wollen wir die berufliche wie auch persönliche Wei-  
107 terbildung zusammendenken und jeder Person ermögli-  
108 chen, in einer selbstbestimmten Gewichtung verschiede-  
109 ne Angebote annehmen zu können. Damit das gelingen  
110 kann muss aber der Begriff des Bildungssystems um den  
111 Bereich viel weiter gedacht werden. Dazu gehören ers-  
112 tens Anreize für öffentliche Bildungseinrichtungen, um  
113 die Weiter- und Fortbildungsangebote voranzutreiben.  
114 Zweitens muss jedem\*jeder Arbeitnehmer\*in auch finan-  
115 zielle und zeitliche Entlastung zuteil werden, damit die-  
116 se sich orientieren und sodann intensiv mit einem ihre  
117 Kompetenzen erweiternden Weiterbildungsangebot aus-  
118 einandersetzen können. Jedoch ist es weiterhin zu begrü-  
119 ßen, dass es honoriert wird, wenn Arbeitnehmer\*innen  
120 sich fortbilden und damit für neue Aufgaben Verantwor-  
121 tung übernehmen. Drittens braucht es eine tiefere Ver-  
122 zählung von beruflichen und akademischen Weiterbil-  
123 dungsformaten. Um den auf Seiten wirtschaftlicher Effizi-  
124 enz bestehenden Druck in Unternehmen etwas entgegen-  
125 zusetzen, setzen wir uns für eine verbindliche Weiterbil-  
126 dungsgarantie ohne Ausnahme, sodass Arbeitnehmer\*in-  
127 nen jedes Jahr gesetzlichen Anspruch auf ein persönli-  
128 ches lebensbegleitendes Lernen erhalten. In dieser Aus-  
129 formung misst sich Fort- und Weiterbildung nicht in Form  
130 von Zertifikaten oder Abschlüssen, sondern daran, in wel-  
131 chem Umfang sich Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit  
132 entfalten können. Die sozialdemokratische Antwort auf  
133 immer mehr Arbeitsverdichtung und -entgrenzung geht  
134 über den Bereich beruflich-fixierter beziehungsweise be-  
135 trieblicher Weiterbildung hinaus und weist insbesondere  
136 eine gemeinschaftlich-soziale Teilhabe auf. Dadurch sol-  
137 len Menschen befähigt werden, sich gesellschaftlich ein-  
138 bringen zu können und mit bzw. von anderen Menschen  
139 zu lernen.

140

141 Um die Fort- und Weiterbildung zukunftsfest zu machen,  
142 fordern wir die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion  
143 und SPD-Bundesminister\*innen auf,

144

- 145 • **sich für einen gesetzlich verankerten Anspruch auf**  
146 **Fort- und Weiterbildung einzusetzen, der unabhän-**  
147 **gig vom Tätigkeitsfeld, Alter und der Betriebszuge-**  
148 **hörigkeit mind. 30 Tage für jede\*n Arbeitnehmer\*in**  
149 **im Jahr beträgt und die Lohnfortzahlung beinhaltet.**  
150 **Unternehmen, die nicht in der Lage sind, dies zu ge-**  
151 **währleisten, ohne den allgemeinen Betrieb zu ge-**  
152 **fährden, sind finanziell zu unterstützen. Dies lässt**  
153 **sich bspw. durch einen gemeinsamen Umlagefond**  
154 **zw. großen, mittelständischen und kleinen Unter-**  
155 **nehmen gewährleisten. Die Tage müssen nicht zu-**  
156 **sammenhängend genommen werden, sondern sind**  
157 **splitbar**
- 158 • **sich für den Umbau der Arbeitslosenversicherung in**  
159 **eine echte Arbeitsversicherung mit Qualifizierungs-**

160 **funktion einzusetzen. Im Rahmen dieser sollen Wei-**  
161 **terbildungskonten geschaffen werden, dies bei der**  
162 **Agentur für Arbeit eingerichtet und geführt wer-**  
163 **den. Das Guthaben auf dem Weiterbildungskon-**  
164 **to wird während der Erwerbstätigkeit vergrößert**  
165 **und paritätisch zwischen Arbeitgeber\*innen und Ar-**  
166 **beitnehmer\*innen finanziert. Hierbei sollen gesetz-**  
167 **lich festgelegte Ansprüche auf Fort- und Weiter-**  
168 **bildung greifen. Erworbene Ansprüche werden auf**  
169 **dem Konto verbucht und können dann bei Bedarf**  
170 **für Weiterbildungsmaßnahmen realisiert werden**  
171 **• die Erstattung der direkten Kosten (Teilnahmege-**  
172 **bühr, Unterbringung, Fahrtkosten) durch Unterneh-**  
173 **men gesetzlich festzulegen**  
174 **• den Bildungsurlaub in den Betrieben bekannter zu**  
175 **machen. Dazu sind nicht ausschließlich die Gewerk-**  
176 **schaften aufzufordern, sondern auch die Betriebe**  
177 **sollen mindestens jährlich zum Beispiel über Team-**  
178 **leitungen, Human Resources Abteilungen oder auf**  
179 **Betriebskonferenzen dazu informieren. Eine ge-**  
180 **werkschaftliche Kampagne oder eine Kampagne**  
181 **durch das BAMS ist durch die SPD explizit zu unter-**  
182 **stützen**

183

#### 184 **Prinzipien unseres Arbeitsverständnisses**

185 Wenn heute und in Zukunft durch automatisierte Ver-  
186 fahren menschliche Arbeit an bestimmten Stellen der  
187 Produktion und bei einfachen Dienstleistungstätigkeiten,  
188 insbesondere dort, wo Arbeitnehmer\*innen mit Überlas-  
189 tung, Unterforderung, aber auch Gefährdungen für die  
190 eigene Gesundheit zu kämpfen haben, nicht mehr not-  
191 wendig wird, ist das zuerst eine Chance und keine Ge-  
192 fahr für die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit. Wir  
193 Jungsozialist\*innen wollen jedoch nicht, dass aufgrund  
194 des technologischen Wandels arbeitslos gewordene Men-  
195 schen mit einem wie auch immer gearteten bedingungs-  
196 losen Grundeinkommen abgespeist werden, sondern *die*  
197 Möglichkeit haben, arbeiten bzw. sich je nach Wunsch ein-  
198 bringen zu können. Für uns gilt daher: wer arbeiten möch-  
199 te, der\*die muss ein die jeweiligen Qualifikationen ent-  
200 sprechendes Angebot bekommen. Niemand darf zu (Er-  
201 werbs)Arbeit verpflichtet werden. Daraus resultiert, dass  
202 gesellschaftliche Partizipation, Sozial- und Freiheitsrechte  
203 nicht an (Erwerbs)Arbeit hängen oder von ihnen abgelei-  
204 tet werden dürfen. Jeder Mensch hat das Recht aktiver Teil  
205 der Gesellschaft zu sein und in allen Lebensbereichen ei-  
206 ne gleichberechtigte Stimme zu haben. Somit sind für alle  
207 Menschen entsprechende Möglichkeiten zur gesellschaft-  
208 lichen Teilhabe zu schaffen. Vollbeschäftigung bedeutet  
209 für uns jedoch nicht, alles dafür zu tun, um Menschen in  
210 (teilweise prekäre) Arbeitsverhältnisse zu drängen. Unse-  
211 rem Verständnis nach, ist es Aufgabe des sozialen Rechts-  
212 staates, dafür zu sorgen, dass Menschen gute Arbeit fin-  
213 den, die ihre Vorstellungen und Wünschen berücksichtigt.  
214

215 **Arbeitszeitverkürzung: Es ist Zeit für die 30-Stunden-**  
216 **Woche**

217 In der Tarifrunde 2018 hat die IG-Metall das Thema Ar-  
218 beitszeit wieder auf die Agenda gesetzt. Die Gewerk-  
219 schaft konnte einen beachtlichen Erfolg u.a. damit er-  
220 zielen, dass Arbeitnehmer\*innen ihre Arbeitszeit für ei-  
221 nen Zeitraum von bis zu zwei Jahren bis auf 28 Stun-  
222 den pro Woche verkürzen können. Dies beweist zwar, dass  
223 es möglich ist, der Kapitalseite in Verhandlungen mehr  
224 freie Zeit für die Arbeitnehmer\*innen abzugewinnen –  
225 allerdings gilt dies heutzutage eben leider nur für die  
226 Arbeitnehmer\*innen besonders produktiver und profita-  
227 bler Branchen wie der Elektro- und Metall-Industrie, die  
228 von der mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft Deutsch-  
229 lands vertreten werden. Durch die Diversität der Arbeit-  
230 nehmerschaft und den Rückgang tarifgebundener Ar-  
231 beitsverträge können solche Erfolge heute nicht mehr ver-  
232 allgemeinert und somit auch weniger (weniger als die  
233 Hälfte der Beschäftigten wird nach Tarif bezahlt) privile-  
234 gierten Beschäftigten anderer Branchen zugänglich wer-  
235 den. Deshalb ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, in-  
236 wieweit eine Regelung von Seiten des Staates notwendig  
237 geworden ist und wie genau diese auszugestalten ist. Es  
238 ist Aufgabe der SPD das Bündnis mit den Gewerkschaf-  
239 ten zur Verfolgung des Ziels einer verkürzten Arbeitszeit  
240 zu suchen und dafür zu sorgen, dass dieses Thema wieder  
241 auf die politische Tagesordnung gesetzt wird.

242

- 243 • **Wir fordern die Mitglieder der SPD-**  
244 **Bundestagsfraktion und die SPD-**  
245 **Bundesminister\*innen auf, Konzepte für eine neue**  
246 **Arbeits- und Sozialgesetzgebung zu erarbeiten,**  
247 **die die Einführung der 30-Stunden-Woche als neu-**  
248 **en Arbeitszeitstandard bei weitgehendem Lohn-**  
249 **und vollem Personalausgleich sozial, ökologisch**  
250 **und wirtschaftlich nachhaltig möglich macht und**  
251 **sich für die Einführung dieser 30-Stunden-Woche**  
252 **einzusetzen**

253

254 Diese „kurze Vollzeit“ muss - in Anlehnung an die heuti-  
255 ge Ausgleichsregelung im Arbeitszeitgesetz - nicht in je-  
256 der Woche eingehalten werden, sondern sich bloß im Jah-  
257 resdurchschnitt ergeben. Längere Arbeitszeiten, die bei-  
258 spielsweise zur Fertigstellung eines konkreten Projektes  
259 nötig werden, sind somit für einen begrenzten Zeitraum  
260 mit expliziter Zustimmung der Arbeitnehmer\*innen zu-  
261 lässig, sie müssen an anderer Stelle nur wieder zeitlich  
262 ausgeglichen werden.

263 Arbeitszeit darf nicht gegen Lohnforderungen ausgespielt  
264 werden: Gerade für Geringverdiener wären Einkommens-  
265 einbußen aufgrund einer Verkürzung ihrer Arbeitszeit  
266 nicht verkraftbar und würden ihre wirtschaftliche und so-  
267 ziale Existenz gefährden. Damit die Arbeitnehmer\*innen  
268 keinen finanziellen Schaden nehmen, ist mindestens **für**  
269 **die unteren und mittleren Einkommensgruppen ein vol-**

270 **ler Lohnausgleich** unabdingbar. Für höhere Einkommens-  
271 gruppen, deren brutto Jahreseinkommen über 120.000  
272 liegt, genügt, genügt ein teilweiser Lohnausgleich, um so  
273 zu einer gerechteren Einkommensverteilung beizutragen.  
274 Die Stundenlöhne und -gehälter müssten also - nach Ein-  
275 kommen differenziert - erhöht werden. Unternehmen, die  
276 erwiesenermaßen nicht in der Lage sind, diese höheren  
277 Löhne zu zahlen, sollen die Möglichkeit haben, Zuschüsse  
278 aus einem neu eingerichteten staatlichen Fonds zu bean-  
279 tragen.

280

281 Eine Arbeitszeitverkürzung von 30 Stunden pro Woche  
282 darf für Arbeitnehmer\*innen keine Mehrbelastung und  
283 Arbeitsverdichtung zur Folge haben. Die Verkürzung der  
284 Arbeitszeit muss daher zusätzlich zum weitgehenden  
285 Lohnausgleich mit einem vollen Personalausgleich ein-  
286 hergehen. Trotz der Produktivitätssteigerung in Produkti-  
287 on und Verwaltung durch Prozesse der Automatisierung  
288 und Digitalisierung gehen wir davon aus, dass sich das  
289 Arbeitsvolumen von Arbeitnehmer\*innen in den meis-  
290 ten Bereichen kurz- und mittelfristig nicht verringert. **Auf**  
291 **Basis dieser Annahme fordern wir daher, dass im Zu-**  
292 **ge der Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen oder Auf-**  
293 **stockungen bereits im Betrieb angestellter Arbeitneh-**  
294 **mer\*innen vollzogen werden, welche die Differenz an**  
295 **Arbeitsstunden pro Woche ausgleichen.** So wird zwar  
296 das Stundenpensum der einzelnen Arbeitnehmer\*in re-  
297 duziert, nicht aber das gesamte Stundenvolumen eines  
298 Teams, einer Abteilung oder eines Betriebs. In einer Abtei-  
299 lung bestehend aus drei Vollzeitstellen muss demnach als  
300 Folge der Arbeitszeitverkürzung eine volle Stelle i m Um-  
301 fang von 30 Stunden geschaffen werden. Diese neu ge-  
302 schaffene Stelle muss sich was Gehalt und Arbeitsbedin-  
303 gungen angeht an den schon bestehenden Stellen orien-  
304 tieren.

305 Auf lange Sicht werden technische Innovationen und die  
306 Automatisierung von Verwaltungs- und Produktionspro-  
307 zessen zu einer weitreichender Substitution menschlicher  
308 Arbeit führen. Die Forderung nach vollem Personalaus-  
309 gleich kann angesichts dieser Entwicklungen nicht alleine  
310 stehen und muss in einem breiteren Kontext und durch  
311 weitreichende Forderungen ergänzt werden.

312 Die hier vorgeschlagene Regelung zum vollen Personal-  
313 ausgleich ist insbesondere auf die Periode bis zum In-  
314 krafttretens des Gesetzes ausgelegt. So wird verhindert,  
315 dass bestehende 40-Stunden-Vollzeitäquivalente in 30-  
316 Stunden-Vollzeitstellen umgewandelt werden, ohne dass  
317 die dadurch entstehende wöchentliche Stundendifferenz  
318 durch Neueinstellungen oder Aufstockungen ausgegli-  
319 chen wird.

320

321

322 **Warum kürzere Arbeitszeiten ein Gewinn sind**

323 Eine kürzere Wochenarbeitszeit erleichtert fraglos die Ver-  
324 einbarkeit von Familie und Beruf und trägt zudem dazu

325 bei, unser Ziel einer geschlechtergerechten Verteilung der  
326 Care-Arbeit besser zu verwirklichen: Männer und vor al-  
327 lem Frauen, die heute in Teilzeit arbeiten, um noch Zeit zu  
328 finden, sich um Haushalt oder Kinder zu kümmern, könn-  
329 ten auf 30 Stunden aufstocken, während z.B. ihre Part-  
330 ner(\*innen), die heute 40 Stunden oder länger am Arbeits-  
331 platz verbringen, durch die Verringerung ihrer Arbeitszeit  
332 endlich mehr zur unbezahlten Care-Arbeit beitragen kön-  
333 nen.

334

335 Zu der größeren Arbeits-Verteilungsgerechtigkeit durch  
336 eine Arbeitszeitverkürzung trägt auch bei, dass die neuen,  
337 aufgrund des Personalausgleichs geschaffenen Arbeits-  
338 plätze Menschen, die heute unfreiwillig in Teilzeit arbei-  
339 ten oder anderweitig prekär beschäftigt sind sowie Ar-  
340beitslosen die Rückkehr oder den Eintritt in ein – dann kur-  
341 zes – Vollzeitbeschäftigungsverhältnis ermöglichen. Das  
342 alte sozialdemokratische Ziel der Vollbeschäftigung könn-  
343 te damit wieder in erreichbare Nähe rücken. Um allen  
344 Menschen eine Chance zu geben die Aufgaben der frei-  
345 gewordenen Stellen erfüllen zu können, so sie diese Stel-  
346 len annehmen möchten, ist ein umfassendes Fort- und  
347 Weiterbildungsprogramm notwendig.. Auch in Bezug auf  
348 die heute schon Vollzeitbeschäftigten lässt sich eine Ar-  
349beitszeitverkürzung als soziale Investition sehen: kurzfris-  
350tig mögen höhere Kosten entstehen, langfristig ergeben  
351 sich aber Vorteile für Arbeitnehmer\*innen wie Arbeitge-  
352ber\*innen. So kam es in der Vergangenheit nicht zu Pro-  
353duktionsrückgängen, sondern zu einer besseren Gesund-  
354heit und gesteigerten Leistungsfähigkeit der Beschäftig-  
355ten, die zum effizienteren Arbeiten beitrug.

356 Eine kürzere Normalarbeitszeit schafft darüber hinaus für  
357 viele Menschen, die heute aufgrund der überlangen Zeit,  
358 die sie am Arbeitsplatz verbringen müssen, keine Möglich-  
359 keit dazu haben, den Raum, sich ehrenamtlich - sozial oder  
360 politisch - zu engagieren und somit zum gesellschaftli-  
361 chen Zusammenhalt beizutragen.

362

363 Schon im Berliner Programm der SPD, das bis 2007 gültig  
364 war, wurde festgestellt, dass eine Arbeitszeitverkürzung  
365 zu mehr Lebensqualität beitragen würde und der sechs-  
366 stündige Arbeitstag in einer 30-Stunden-Woche deshalb  
367 als Regel angestrebt. Wir möchten diese alte Forderung als  
368 unser Ziel für die Arbeitswelt der Zukunft  
369 wiederbeleben.

370

371

### 372 **Für ein zeitgemäßes Arbeitszeitgesetz**

373 Parallel zur längerfristigen Einführung der 30-Stunden-  
374 Woche bedarf es kurzfristig und als ersten Schritt auf  
375 dem Weg dorthin einer Verbesserung des Arbeitszeitge-  
376 setzes, das zuletzt 1994.geändert wurde. Darin ist vorge-  
377 schrieben, dass die werktägliche (Montag bis Samstag) Ar-  
378beitszeit maximal 8 Stunden am Tag betragen darf. Sie  
379 kann ausnahmsweise auf 10 Stunden am Tag verlängert

380 werden, wenn in sechs Monaten im Schnitt die 8 Stun-  
381 den am Tag nicht überschritten werden. Somit ist heute,  
382 über 100 Jahre nachdem der 8-Stunden-Tag gesetzlich ver-  
383 ankert wurde, noch immer eine 48-stündige Arbeitswo-  
384 che gesetzlich möglich. Die als Normalarbeitszeit gelten-  
385 de 40-Stunden-Woche (in manchen Branchen 35 Stunden)  
386 ist nur tarifvertraglich geregelt.

387 Die Änderung des Arbeitszeitgesetzes auf eine wöchent-  
388 liche Höchstarbeitszeit würde somit zum einen die lei-  
389 der stark angewachsene Zahl an Arbeitnehmer\*innen, die  
390 keine ausreichenden Tarifverträge haben, gegenüber der  
391 durch das Arbeitszeitgesetz zumutbaren zu hohen Wo-  
392 chenarbeitszeit absichern und zum anderen mehr Flexibi-  
393 lität für die Arbeitnehmer\*innen ermöglichen, indem sie  
394 beispielsweise anstatt 8 Stunden im Büro auch über den  
395 Tag bzw. die Woche verteilt mobil oder von Zuhause aus  
396 arbeiten können.

397

398 **Deshalb fordern wir die Mitglieder der SPD-**  
399 **Bundestagsfraktion sowie den Bundesminister für Arbeit**  
400 **und Soziales dazu auf, noch in dieser Legislaturperiode**  
401 **die im Arbeitszeitgesetz verankerte Höchstarbeitszeit**  
402 **von 8 Stunden am Tag auf 40 Stunden in der Woche zu**  
403 **verändern und somit effektiv um 8 Stunden pro Woche**  
404 **zu verringern.**